

Nachdem Oberbürgermeister Kaminsky seit Monaten die Kreisfreiheit der Goldschmiedestadt als „Kleinste Großstadt in Hessen“ beschwört, meldet sich der AfD-Ortsverband Hanau und Großkrotzenburg mit einer Stellungnahme.

„Nach dem Brexit also der HExit! Eine spannende Idee!“ Der Ortssprecher des AfD Ortsverbandes Klaus Dippel kann einer Kreisfreiheit seiner Heimatstadt durchaus Positives abgewinnen.

„Neben einer gewissen lokalpatriotischen Freude, bei der Kreisfreiheit wieder mit Offenbach gleichzuziehen, ergäben sich auch handfeste politische Gestaltungsspielräume. Die Chancen auf eine Politik, die die Brüder-Grimm-Stadt in den Vordergrund stellt, könnte eine dringend benötigte Aufbruchstimmung erzeugen. Seit der Jahrhundertwende wird in den wesentlichen wirtschaftlichen Kennzahlen ein schleichender Niedergang deutlich. Mit 8% Arbeitslosigkeit und 14,54% überschuldeten Mitbürgern, haben wir aktuell trotz Hochkonjunktur nahezu ostdeutsche Verhältnisse. Neue Meldungen aus Hanauer Traditionsunternehmen lassen befürchten, dass sich die Deindustrialisierung des Wirtschaftsstandorts Hanau noch weiter beschleunigt. Die von Sozialforschern und Gewerkschaftern sogenannten „guten“ Arbeitsplätze verschwinden. Ersatz in prekären Arbeitsverhältnissen, schlecht bezahlten Zeitverträgen und Minijobs, werden Altersarmut und Überschuldung noch wachsen lassen. In dieser Lage könnte eine eigenständige Hanauer Politik, unabhängig vom Bergwinkel und den politischen anders gelagerten Aufgaben im Ostkreis, fruchtbare Akzente setzen.“

Der Hanauer Kreistagsabgeordnete Harald Walter, für die AfD im Beirat des Kommunalen Centers für Arbeit (KCA) , führt den Gedanken weiter: „Selbstverständlich ist nicht die Zugehörigkeit Hanaus zum MKK schuld an diesem Niedergang. Allerdings ist der zeitliche Zusammenhang mit der Abgabe der Funktion als Kreisstadt

an Gelnhausen 2005 frappierend, und Gelder können eben nur einmal ausgegeben werden.“

Ortssprecher Dippel nimmt den Ball auf: „Wahr ist doch: Die Hanauer als Nettozahler im MKK müssen für die Sommerbühne, die Verluste der kreiseigenen Windenergieanlagen oder das den Main-Kinzig-Kliniken „geschenkte Parkhaus“ in GN mit aufkommen. Solche Infrastrukturmaßnahmen müssen die Hanauer in Hanau selbst bezahlen und werden zusätzlich noch im Kreis zur Kasse gebeten. Parallelen zu Filz und Vetternwirtschaft in der EU sind unübersehbar. Insofern gleicht ein HExit durchaus dem Brexit.“

Spannend war die Diskussion im Ortsverband über die konkrete räumliche Gestaltung der Kreisfreiheit. Falls Hanau den Absprung schafft, wäre das zurückgelassene Großkrotzenburg, ohne „Landverbindung“ zum MKK, zwischen den Kreisen Offenbach und Hanau eingezwängt. Bei den Gebietsreform in den 70er Jahren war die geplante Eingemeindung Großkrotzenburgs noch am Gewerbesteuerzahler E-On gescheitert. Dieser Hemmschuh dürfte aber in absehbarer Zeit wohl durch die sogen. „Energiewende“ wegfallen.

Nach Vorschlag der AfD soll eine transparente Beteiligung der Bürger in beiden Kommunen mit einem abschließenden Bürgerentscheid stattfinden. Eine Bevormundung der Bürger durch Klüngel und Hinterzimmerabsprachen wie aktuell in Erlenberg/Neusee sollen sich nicht wiederholen.

„Mit den Großkrotzenburgern zusammen hätten wir dann schon in naher Zukunft die Möglichkeit, sogar die zweitkleinste Großstadt in Hessen zu werden. Vor Offenbach!“ schloss Ortssprecher Dippel mit Vorfreude die Diskussion.